

Kompetenzdurchbruch der CDU auf sozialem Gebiet

Bevölkerung honoriert Sacharbeit der Union

Die Bürger erkennen zunehmend, daß richtungsweisende politische Entscheidungen und Perspektiven im politischen Handeln notwendig sind. Sie kennen die Alternativen und Vorschläge der Union und sind bereit, die Vorwärts-Alternative der CDU/CSU als zukunftsweisend zu akzeptieren. Nach Ansicht der Bürger ist die Union auf allen Leistungsebenen kompetenter geworden; ihre politische Handlungsfähigkeit wird immer positiver beurteilt. Als historischer Einschnitt muß gewertet werden, wenn die Union gerade in den zentralen sozialpolitischen Bereichen neuerdings als leistungsfähiger angesehen wird als die SPD. Mit dem Jahr 1977 hat sich damit als Legende erwiesen, daß der soziale Bereich gleichsam schicksalhaft Domäne der SPD sein müsse. Das Jahr 1977 hat vielmehr gezeigt, daß sich die Bürger durch eine konsequente und glaubwürdige Politik überzeugen lassen. Dies ist das zentrale Ergebnis einer vielbeachteten Studie der Abteilung Analysen der CDU-Bundesgeschäftsstelle, die von Generalsekretär Heiner Geißler am 30. Mai 1978 in Bonn vorgelegt worden ist.

Günstige „Großwetterlage“ für die kommenden Landtagswahlen

Die politische „Großwetterlage“ hat einen wichtigen Einfluß auf den Ausgang von Wahlen. Bei Landtagswahlen wird dieser Einfluß in der Regel durch länderspezifische Probleme und Ereignisse verstärkend oder abmildernd überlagert. Gesichert scheint: Mit einer erklärten Wahlabsicht von durchschnittlich 51 % für die CDU/CSU und rd. 40 % für die SPD von Januar 1977 bis zum März 1978 ist das politische Klima in der Bundesrepublik für die CDU günstig (IfD, Allensbach).

Mit 51 % geben die Umfrage-Ergebnisse für den Monat April 1978 genau den seit Monaten anhaltenden Trend für die Union wieder. Das entspricht einem Vorsprung der CDU/CSU gegenüber der SPD von 11 Prozentpunkten (IfD, Allensbach). Das Fortdauern dieser ungewöhnlich stabilen Entwicklung kann als Ausdruck einer mittlerweile beim Bürger tief fundierten Sympathiebekundung zugunsten der Union gewertet werden.

Das April-Ergebnis ist eine deutliche Verbesserung nicht nur gegenüber dem Bundestags-Wahlergebnis der Union vom 3. Oktober 1976 (+ 2,4 Prozentpunkte), sondern auch gegenüber den erklärten Wahlabsichten vom Dezember 1976. Ende 1976 gaben 49 % der Wahlberechtigten an, CDU/CSU wählen zu wollen (IfD, Allensbach). Es ist ein Niveau erreicht, wie es zur Zeit der Wahlen in Hessen (Zuwachs: 7,6 Prozentpunkte) und Bayern (+ 5,7 Prozentpunkte) im Herbst 1974 ermittelt wurde. Nur die Bürgerschaftswahl in Hamburg (Zuwachs: 7,8 Prozentpunkte) im Frühjahr 1974 fand zu einem bundespolitisch noch günstigeren Zeitpunkt statt. Dies zeigt den großen Einfluß der politischen „Großwetterlage“ auch auf Landtagswahlen auf. Das wird erkennbar, wenn man einerseits die Landtagswahltermine, nach aufsteigendem bundesweiten CDU/CSU-Klima geordnet, den bei den Landtagswahlen erreichten Zuwachsraten gegenüberstellt. Je größer der Präferenzvorsprung der Union vor der SPD war, um so deutlicher fielen die Zugewinne bei den Landtagswahlen aus.

Länder geordnet nach den CDU/CSU-Zugewinnen bei den Landtagswahlen in der Periode 1972/76			Länder geordnet nach dem positiven Meinungsklima für die CDU/CSU im Bundesgebiet zur Zeit der jeweiligen Landtagswahl	
Land	%	Rang	Land	Rang
Schleswig-Holstein	(— 1,5)	1	Schleswig-Holstein	1
Nordrhein-Westfalen	(+ 0,8)	2	Nordrhein-Westfalen	2
Saarland	(+ 1,3)	3	Saarland	3
Bremen	(+ 2,2)	4	Bremen	4
Niedersachsen	(+ 3,1)	5	Niedersachsen	5
Baden-Württemberg	(+ 3,8)	6	Baden-Württemberg	6
Rheinland-Pfalz	(+ 3,9)	7	Rheinland-Pfalz	7
Bayern	(+ 5,7)	8	Bayern	8
Hessen	(+ 7,6)	9	Hessen	9
Hamburg	(+ 7,8)	10	Hamburg	10

Quellen: IfD, Allensbach, Emnid, Bielefeld.

Auch wenn sich aus einer bundesweit außerordentlich günstigen „Großwetterlage“ für die Union nicht gleichsam automatisch eine Garantie für Zugewinne bei den kommenden Landtagswahlen ableiten läßt, so gibt das gegenwärtige Meinungsklima doch zu der begründeten Hoffnung auf ein erfolgreiches Abschneiden der

Union Anlaß. Diese Hoffnung findet ihre erste Bestätigung durch die Wahlergebnisse in Niedersachsen und Hamburg vom 4. Juni 1978.

Fundament: Wachsende Kompetenzen für die Union

Überwindung der Arbeitslosigkeit, Innere Sicherheit und Sicherung der Renten haben höchste Priorität

Im Dezember 1977 stuften die Bundesbürger die Arbeitslosigkeit, die Innere Sicherheit und die Sicherung der Renten als die drei wichtigsten Probleme ein.

87 % der Bundesbürger fanden zu dieser Zeit die Überwindung der Arbeitslosigkeit für besonders wichtig; 82 % der Bürger sagten dies hinsichtlich einer wirksamen Bekämpfung des Terrorismus. 77 % der Bevölkerung beurteilten die Sicherung der Renten als zentrales Problem. 76 % wollen, daß die Preise weniger steigen; 72 %, daß die Verbrechen wirksamer bekämpft werden.

Die Betroffenen selbst, die Rentner und Arbeitslosen, setzen die Prioritäten noch stärker. Mit knapp 90 % liegt bei ihnen die Rentensicherung auf dem ersten Platz des Katalogs der Forderungen (IfD, Allensbach). Bürger, die Angst haben, sie selbst oder Familienangehörige könnten arbeitslos werden, fordern viel stärker die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als die, die kaum oder keine Angst haben.

Alle anderen politischen Probleme (z. B. menschenfreundlichere Umwelt, Verbesserung der beruflichen Bildung der Jugendlichen) rangieren mit deutlichem Abstand dahinter. Sie liegen alle unter einem Dringlichkeitsgrad von 60 %; die meisten von ihnen sogar unter 50 %.

Die Leistungsfähigkeit der Union nimmt zu

Die wachsende Zustimmung, die die Union bei den Bürgern gewinnt, ist keine kurzlebige Zeiterscheinung, sondern tief fundiert.

Zunehmend gehen die Bürger davon aus, daß die CDU/CSU eher in der Lage ist, sie von dem drängenden Berg von Problemen zu befreien. Besonders deutlich zeigt sich der Vertrauenszuwachs in die Leistungsfähigkeit der Union bei den bedrückendsten Problemen unserer Zeit, der Sorge um den Arbeitsplatz, der Sicherung der Renten und der Inneren Sicherheit.

In diesen Bereichen trauen die Bürger den Unionsparteien inzwischen erheblich mehr zu als der SPD. Im Dezember 1977 betrug der Kompetenzvorsprung der Union gegenüber der SPD bei der Überwindung der Arbeitslosigkeit 6 Prozentpunkte und bei der Sicherung der Renten 10 Prozentpunkte.

Rentner sprechen in ganz besonderem Maße ihr Vertrauen der Union aus: 51 % der Bürger im Rentenalter vertrauen auf sie, wenn es um die Sicherung der Renten und deren zukünftige Finanzierung geht.

Dies hat besondere Bedeutung, weil sich die älteren Mitglieder von der Rentendiskussion in außerordentlich starkem Maße persönlich angesprochen fühlen. Dies gilt für fast zwei Drittel (62 %) der über 65jährigen Bürger (Emnid).

Auch bei der Abwehr des Terrorismus stimmen die Bundesbürger mit der CDU/CSU überein. 71 % der Bürger unseres Staates hielten im Februar 1978 schärfere Gesetze im Kampf gegen den Terrorismus für absolut notwendig. Zwar ist das Gefühl der Bedrohung durch den Terrorismus in der Bevölkerung etwas zurückgegangen, dennoch fordern die Bürger Wachsamkeit und schärfere Gesetze.

Damit stimmen die Bundesbürger mit der CDU/CSU überein, was sie auch zugeben: 75 % wissen, daß die Union und ihre Politiker für schärfere Gesetze sind. So würde die Überwachung der Gespräche zwischen Verteidigern und inhaftierten Terroristen von 67 % der Bevölkerung gutgeheißen. Selbst SPD-Anhänger begrüßen dies zu 60 % (IfD, Allensbach).

Lösungskompetenzen

Es sagen . . . % der Bevölkerung

Das macht gut	CDU/CSU	SPD
— daß die Arbeitslosigkeit überwunden wird	37	31
— wirksame Bekämpfung der Terroristen	49	48
— daß die Renten gesichert sind	38	28
— daß die Preise weniger stark steigen	28	28
— die Verbrechen wirksamer bekämpfen	41	31

Quelle: IfD, Allensbach.

Diese Kompetenz-Übergewichte der Union sind keine Einzelercheinungen. Die Union hat auch die Lösungskompetenz in anderen Bereichen. Eins dieser Themen ist zum Beispiel die Erziehung unserer Kinder.

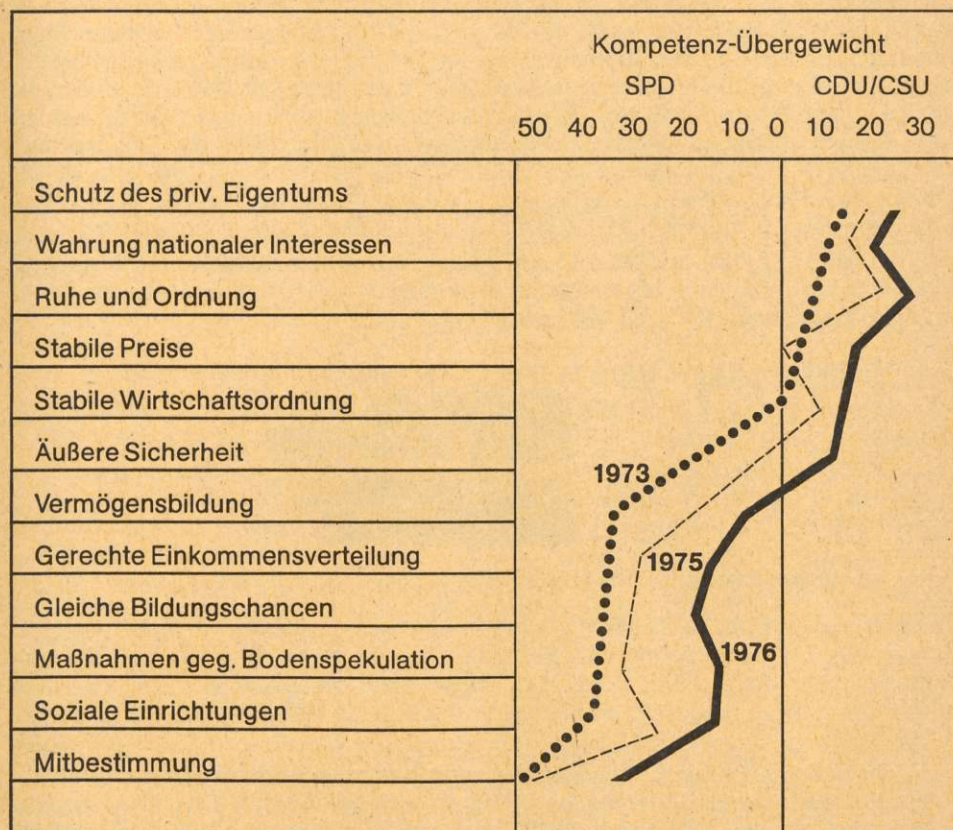
- **Immerhin 53 % der Bundesbürger halten es im Dezember 1977 für besonders wichtig, daß Kinder im Schulunterricht nicht einseitig politisch beeinflußt werden. Die Union ist nach Auffassung der Bürger die Partei, die dies mit einem Kompetenzvorsprung von 8 Prozentpunkten am besten garantiert (IfD, Allensbach).**
- **Auch das Fernhalten Radikaler aus dem öffentlichen Dienst scheint der CDU/CSU besser zu gelingen als der SPD: Nur 14 % sehen die SPD als Lösungspartei, aber 30 % sprechen die Kompetenz den Unionsparteien zu (IfD, Allensbach).**

Union gewinnt auf allen Ebenen an Kompetenz

Diese herausragenden Kompetenzgewinne der Union sind Ausdruck einer tiefgehenden und umfassenden Trendveränderung. Zeitreihenanalysen für die Jahre 1973 bis 1976 belegen diese fundamentalen Verschiebungen in den Lösungskompetenzen zugunsten der Union und zu Lasten der SPD auf fast allen Ebenen.

Bedauerlicherweise sind für die Jahre 1977 und 1978 keine entsprechenden umfassenden Ergebnisse verfügbar und/oder zugänglich. Doch signalisieren sowohl

Leistungsprofile der Parteien



Quelle: infas, Wahlanalyse 1976.

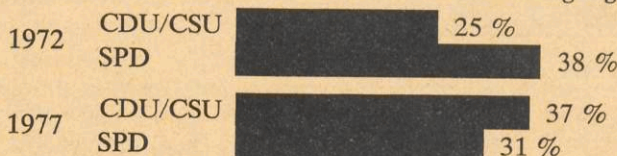
verfügbare bundesweite Einzeldaten wie auch Analysen aus Niedersachsen aus den Jahren 1977/78 eine Fortsetzung dieser positiven Entwicklung für die Union.

Nach Ansicht der Bürger ist die Union seit 1973 in allen Leistungsdimensionen kompetenter geworden; ihre politische Handlungsfähigkeit wurde immer positiver beurteilt.

Demgegenüber hat die SPD in den Augen der Bürger auf allen Ebenen an Kompetenz und politischer Handlungsfähigkeit eingebüßt. Selbst in weiten Bereichen des sozialpolitischen Feldes ist der ehemalige Kompetenzvorsprung der SPD innerhalb von nur drei Jahren (1973 bis 1976) zum Teil auf weniger als ein Drittel zusammengeschmolzen: das Kompetenz-Übergewicht der SPD im sozialen Bereich, das 1973 noch zwischen 30 und 40 Punkte lag, hat sich bis 1976 auf etwa 10 Punkte reduziert (infas, Wahlanalyse 1976).

Der Union gelang es, von 1973 bis 1978 ihre traditionellen Stärken zügig weiter auszubauen und traditionelle Kompetenznachteile vor allem im Sozialbereich deutlich zu verringern. Im Verlaufe des Jahres 1977 vermochte die Union sogar erstmals auch auf sozialpolitischen Gebieten die SPD als leistungsfähigste Partei abzulösen. Bemerkenswert daran ist vor allem, daß dieser Durchbruch gerade auf jenen Feldern erfolgte, die vom Bürger als besonders wichtig empfunden werden (z. B. Renten, Arbeitslosigkeit). So glaubten noch 1972 rd. 38 % der Bevölkerung, daß die SPD auf dem Gebiet der Beschäftigungspolitik besser sei; nur 25 % wußten dies damals von der Union (infas, Wahlanalyse 1976). Erst im Jahre 1977 gelang der Durchbruch der CDU/CSU — dann allerdings gleich sehr deutlich. 1977 waren 37 % der Bevölkerung der Auffassung, daß die Union am ehesten die Sicherheit der Arbeitsplätze garantiert. Nur noch 31 % glaubten in diesem Punkt an die Sozialdemokraten (IfD, Allensbach).

Kompetenzen der Parteien auf dem Gebiet der Beschäftigungspolitik¹⁾



¹⁾ IfD, Allensbach; infas, Wahlanalyse 1976.

Es ist schon ein erstaunlicher Vorgang, wenn sich innerhalb von nur wenigen Jahren die Leistungsprofile der Parteien in den Augen der Bevölkerung so umfassend und tiefgreifend verändern. Denn die Leistungsprofile sind als über Jahrzehnte hinweg gewachsene Meinungen der Bürger nur außerordentlich schwer zu verändern.

Als historischer Einschnitt muß dann gewertet werden, wenn die Union gerade in den zentralen sozialpolitischen Bereichen neuerdings als leistungsfähiger angesehen wird als die SPD. Schließlich vermochte sich die SPD über Jahrzehnte hinweg in den Augen der Bürger als die Partei des „sozialen Fortschritts“ zu präsentieren. Mit dem Jahr 1977 hat sich damit als Legende erwiesen, daß der soziale Bereich gleichsam schicksalhaft Domäne der SPD sein müsse. Das Jahr 1977 hat vielmehr gezeigt, daß sich die Bürger durch eine konsequente und glaubwürdige Sachpolitik unabhängig von gewachsenen Meinungen überzeugen lassen.

Konsequente Sachpolitik zahlt sich aus

Die Bürger erkennen zunehmend, daß richtungweisende politische Entscheidungen und Perspektiven im politischen Handeln notwendig sind. Sie kennen die Alternativen und Vorschläge der Union und sind bereit, die Vorwärts-Alternative der CDU/CSU als zukunftsweisend zu akzeptieren. Klar ist: Die konsequente und differenzierte Sachpolitik der Union hat sich ausgezahlt.

Beispielhaft für die geleistete Sachpolitik der Union stehen die durchgeführten Kongresse:

- Mit dem Kongreß „Energie und Umwelt“ am 10. und 11. Oktober 1977 hat die CDU für die Energiepolitik ein Signal gesetzt.
- Auf einer wissenschaftlichen Fachtagung „Der Weg in die Gewalt“ am 29./30. November 1977 hat sich die CDU zusammen mit Vertretern der Partei und zahlreichen Gästen aus Wissenschaft und Literatur mit den geistigen und gesellschaftlichen Ursachen des Terrorismus auseinandergesetzt.
- Auf der Grundlage eines Hearings veranstaltete die CDU am 21./22. Oktober in Hamburg einen Kongreß „Zukunftschancen der Jugend“. Dabei befaßten sich die betroffenen Jugendlichen und ihre Eltern sowie Wissenschaftler und Vertreter der beteiligten Verbände und Organisationen u. a. mit den Problemen des Verhältnisses von Bildungssystem und Beschäftigungssystem und des Schulwesens.
- Über die strategische Lage Europas und die aktuelle Situation der Bundeswehr diskutierte die CDU auf ihrem Sicherheitspolitischen Forum „Sicherheit für unsere Freiheit“ mit Sachverständigen am 13./14. Januar 1978 in Kiel.
- Am 19./20. April 1978 führte die CDU eine wissenschaftliche Fachtagung „Verwaltete Bürger — Gesellschaft in Fesseln“ durch. Mit Experten wurde die Bürokratisierung und ihre Folgen für Staat, Wissenschaft und Gesellschaft diskutiert.
- Der Rechtspolitische Kongreß der CDU/CSU „Recht sichert die Freiheit“ am 18./19. Mai 1978 in Karlsruhe diente der Erörterung und Klärung wichtiger rechtspolitischer Probleme.

Volkspartei CDU

In den Monaten seit der Bundestagswahl 1976 hat sich eine Entwicklung verstärkt fortgesetzt, die bereits in der Zeit von 1972 bis zur Bundestagswahl 1976 erkennbar war: der Vormarsch der CDU/CSU in der Gunst der Wähler und der tiefe Trendeinbruch bei der SPD.

1976 konnte die Union erstmals wieder seit 1965 bei einer Bundestagswahl ihren Stimmenanteil erhöhen. Diese Aufwärtsentwicklung fiel mit + 3,7 Prozentpunkten sehr deutlich aus. Demgegenüber wurde 1969 ein Anteil von 1,5 Prozentpunkten und 1972 nochmals 1,2 Prozentpunkte verloren. Die SPD, die in der Zeit von 1953 bis 1972 bei den Bundestagswahlen ihre Position von Wahl zu Wahl um jeweils 3—4 Prozentpunkte verbessern konnte, erfuhr 1976 erstmals einen tiefen Einbruch: Sie erlitt 1976 gegenüber 1972 einen Verlust von 3,2 Prozentpunkten.

Gleichlaufend war die Entwicklung bei den Landtagswahlen. Bei den Landtagswahlen seit 1972 konnte die CDU/CSU im Durchschnitt einen Gewinn von 6,5 Prozentpunkten verbuchen. Erstmals in ihrer Geschichte konnte die Union mit 51,4 % die absolute Mehrheit der bei den Landtagswahlen 1972—1976 abgegebenen gültigen Stimmen erreichen. Demgegenüber erlitt die SPD in dieser Zeit erstmals mit einem Minus von 5,9 Punkten gravierende Verluste. In den Wahlpe-

rieden vorher (Ausnahme 1969—1972: — 0,4 Prozentpunkte) hatte die SPD erheblich dazugewonnen. Die Zugewinne lagen im Bereich zwischen 3,2 und 6,5 Prozentpunkten.

Der Durchbruch der Union bei der Bundestagswahl 1976 erfolgte auf allen Ebenen und in allen Schichten. Anders als bei der Bundestagswahl von 1972 differierten die Zugewinne der Union nicht nach dem jeweiligen Arbeiteranteil, Bildungsgrad und der Wirtschaftsstruktur. Die Bereiche mit hohem Arbeiteranteil (+ 3,5 Prozentpunkte) unterscheiden sich in den Wahlergebnissen für die CDU/CSU nicht wesentlich von den Bereichen mit niedrigem Arbeiteranteil (+ 3,9 Prozentpunkte). Schichten mit relativ niedrigem Bildungsniveau (+ 3,6 %) trugen nicht minder zum Stimmengewinn der Union bei wie Schichten mit hohem Bildungsgrad (+ 3,7 %). Vowiegend evangelische Gebiete (+ 3,1 %) deckten sich mit vorwiegend katholischen Gebieten (+ 3,5 %); landwirtschaftlich-strukturierte Gebiete (+ 3,2 %) mit Dienstleistungsbereichen (+ 3,6 %). Die Union hat 1976 ihre Kraft als Volkspartei neu entfaltet.

Die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik zeigen, daß die CDU in allen Altersgruppen deutliche Stimmengewinne verbuchen konnte, während die SPD überall an Boden verlor. In den Altersgruppen, in denen die CDU/CSU bereits 1972 besser dand als die SPD, konnte die Union 1976 ihren Vorsprung ausbauen: bei den über 59jährigen um 1,3 Prozentpunkte; bei den 45- bis 59-jährigen um 2,8 Prozentpunkte.

In der Altersgruppe der 35- bis 44jährigen überflügelte die Union 1976 mit einem Zugewinn von 6,9 Prozentpunkten die SPD sogar als stärkste Partei.

In den Altersgruppen, die früher vor allem die SPD gewählt hatten, konnte sich die Union erheblich verbessern, und in der Gruppe der 25- bis 34jährigen mit einem Zugewinn von 2,5 % bis auf eine Differenz von 1,2 % an die SPD herankommen.

Von besonderer Bedeutung für die Union ist die positive Entwicklung bei den Jungwählern. Zwar hatte auch 1976 bei den 18- bis 24jährigen die SPD (49,8 %) noch Vorteile vor der Union (40,2 %), doch ist der Vorsprung der SPD von 13,3 Prozentpunkten (1972) auf 9,6 Prozentpunkte im Jahr 1976 zurückgegangen. Noch interessanter ist die Analyse bei den Erstwählern. Dort liegt die Union fast gleichauf mit der SPD (Differenz: —2,5 Prozentpunkte). Die Union ist dabei, zunehmend zu einer für die junge Generation attraktiven Partei zu werden.

Auch hinsichtlich des Wahlverhaltens der Geschlechter befindet sich die CDU/CSU im Aufwind: bei den Frauen konnte 1976 der starke Rückhalt für die Union mit einem Plus von 2,8 Prozentpunkten weiter ausgebaut werden; bei den Männern löste die Union 1976 mit einem Zugewinn von 4,2 Prozentpunkten die SPD als stärkste Partei ab. Die Union wurde somit mehrheitlich sowohl von Frauen als auch von Männern gewählt.